

Kleine Anfrage 2479

des Abgeordneten Christoph Schulze
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Kappungsgrenze für bestehende Mietverträge

Das Mietrechtsänderungsgesetz vom 1. Mai 2013 gab dem Land Brandenburg die Möglichkeit, für bestehende Mietverträge bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete die möglichen Mieterhöhungen auf 15 % innerhalb von drei Jahren zu begrenzen. Im Land Brandenburg ist dies in der am 5.8.2014 verabschiedeten Kappungsgrenzenverordnung geregelt. Diese Kappungsgrenze für Mieterhöhungen bei bestehenden Mietverträgen gilt im Land Brandenburg in 30 Städten und Gemeinden. In allen anderen Orten im Land Brandenburg dürfen Mieten bis zum Erreichen der ortsüblichen Vergleichsmiete um 20 Prozent innerhalb von drei Jahren erhöht werden. Im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung am 4.6.2015 gab die Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung, Frau Ministerin Schneider, zu Protokoll: „Im Rahmen der bereits vor einem Jahr eingeführten Kappungsgrenzenverordnung sei ein externes Gutachten zur Mietsituation in Brandenburg erstellt worden. Auf dessen Basis habe man 30 Städte mit einem angespannten Wohnungsmarkt ermittelt. Allerdings sei es dringend erforderlich, die Datenbasis des Gutachtens zu aktualisieren.“ Inzwischen klagen Mieter außerhalb der in der 2015 Kappungsgrenzenverordnung geschützten Orte über Mieterhöhungen von 40 Prozent innerhalb von sechs Jahren, die der Brandenburger Einkommensentwicklung nicht entspricht, die wesentlich geringer ausfällt.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Für welche Orte im Land Brandenburg liegen ortsübliche Vergleichsmieten vor und wo können Bürgerinnen und Bürger diese einsehen?
2. Gibt es Orte ohne einen Wert für ortsübliche Vergleichsmieten? Wenn ja, wie können Mieter in diesen Orten feststellen, ob die ortsübliche Vergleichsmiete überschritten ist und eine Mieterhöhung möglicherweise unrechtmäßig ist?
3. Ist die von Ministerin Schneider am 4.6.2015 Aktualisierung der Datenbasis für die Kappungsgrenzenverordnung des Landes Brandenburg erfolgt? Wenn nein, warum nicht und wann wird dies erfolgen?
4. Wird es eine Ausweitung der Orte in der Kappungsgrenzenverordnung im Jahr 2017 geben? Wenn ja, welche Mieter in welchen Orten werden davon profitieren? Wenn nein, welches ist die Begründung hierfür?